



Stadtratsfraktion Pirmasens

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/227214
Mail: info@linksfraktion-ps.de
Internet: www.linksfraktion-ps.de**

Stadtratsfraktion DIE LINKE

Haushaltsrede 2015

Frank Eschrich

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis, sehr geehrte Damen und Herren,

in seiner Begründung zum Beitritt der Stadt Pirmasens zum kommunalen Entschuldungsfonds sagte Oberbürgermeister Dr. Matheis, „Wir haben über die Teilnahme am kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz die einmalige Chance, den Schuldenstand zum 31.12.2009 mit Hilfe des Landes und der Solidargemeinschaft der Kommunen in 15 Jahren um 119 Millionen Euro zu tilgen.“ Der Schuldenstand bei den Liquiditätskrediten betrug 2009 rund 190 Millionen Euro, fünf Jahre später sind es 100 Millionen Euro mehr. Was bitte schön wurde nun eigentlich getilgt? Trotz Einnahmen von 6,6 Millionen aus dem Entschuldungsfonds, kenne der Schuldenstand bei den Liquiditätskrediten nur eine Richtung, nämlich nach oben, betonte deshalb Finanzdezernent Schieler gegenüber der Presse im Sommer 2014.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte führen Sie sich die Bedeutung des Begriffes „Tilgung“ vor Augen. Tilgung bedeutet, die regelmäßige Abzahlung bzw. Rückzahlung einer langfristigen Schuld in Form von Teilbeträgen. Und ich spreche dies nicht aus Wortklauberei an. Laut Landesrechnungshof wurden mit den Einnahmen des Fonds von 2012 bis 2013 landesweit 378 Millionen Euro an Liquiditätskrediten getilgt, aber gleichzeitig 451 Millionen Euro neue Schulden aufgenommen. Per Saldo wurde also kein Cent an Schulden abgezahlt, sondern die Neuverschuldung der Kommunen hat sich um 73 Millionen Euro schon im ersten Jahr der Laufzeit erhöht. Die Verschuldung der Stadt Pirmasens für die laufenden Ausgaben liegt inzwischen 270 Prozent über den erwarteten Erträgen. Die Pro-Kopf-Verschuldung für Liquiditätskredite hat sich von 6555 Euro in 2012 auf 7171 Euro im Jahr 2013 nochmals erhöht. Damit ist Pirmasens die am höchsten verschuldete Stadt in Rheinland-Pfalz und eine der am

höchsten verschuldeten Städte Deutschlands. Nach dem heute zu verabschiedenden Haushalt soll sich die Zinslast innerhalb von 4 Jahren von rund 5 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro im Jahr 2018 verdoppeln.

Sollte sich die Neuverschuldung aus Liquiditätskrediten weiter wie bisher entwickeln, ginge die Verringerung der Altschulden bis zum Ende der Laufzeit des Fonds (2026) um 3,1 Mrd. € mit dem Aufbau neuer Schulden von voraussichtlich 4,5 Mrd. € einher, sagt dazu der Bericht des Landrechnungshofs.

Damit ist klar: Der Kommunale Entschuldungsfonds entschuldet nicht und der kommenden Generation kann es herzlich egal sein, ob ein Buchwert aus dem Jahr 2009 auf dem Papier verringert wurde. Denn in der Praxis werden die Kommunen zum Ende der Laufzeit um ein Vielfaches höher verschuldet sein als zu Beginn. Für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt hat die Verringerung des Schuldenstandes von 2009 deshalb keinerlei positive Effekte, solange die Neuverschuldung trotzdem weiter steigt, momentan jährlich um 22 Millionen Euro. Dies bedeutet für die Menschen dieser Stadt konkret, dass Investitionen für Stadtentwicklung, öffentliche Daseinsvorsorge oder soziale Projekte mit Entschuldungsfonds genauso wenig stattfinden werden wie ohne Entschuldungsfonds und stattdessen der Sparzwang zu weiteren Kürzungen führt.

Leider leitet der Landesrechnungshof aus dem absehbaren Scheitern des Entschuldungsfonds nicht die richtige Konsequenz ab, was die Rechtmäßigkeit der sogenannten Konsolidierungsverträge zwischen den Kommunen und dem Land Rheinland-Pfalz anbelangt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Land Rheinland-Pfalz hatte auf Grund einer Verfassungsklage des Landkreises Neuwied den Auftrag bekommen, für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. An der klaren Botschaft des Landesverfassungsgerichtshofs gibt es nichts zu interpretieren, sondern sie muss umgesetzt werden. Deshalb war der Beitritt zum kommunalen Entschuldungsfonds ein schwerer politischer Fehler. Mit dieser Augenwischerei hat das Land den Ball zurück ins Feld der Kommunen gespielt und einen Schutzschirm nicht für Bürger, sondern für Banken aufgespannt. Gleichzeitig hat sich das Land damit der Verantwortung entzogen, tatsächlich etwas gegen die strukturelle Verschuldung der Kommunen zu tun. Die Verantwortlichen für das Finanzdesaster der Kommunen sitzen in den Landesregierungen und beim Bund und werden weiterhin nichts tun, solange sich überschuldete Städte wie Pirmasens willfährig verhalten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis, sehr geehrte Frau Knerr, sehr geehrter Herr Schieler,

kommen wir zur bisher größten Fehlleistung Ihrer Amtszeit.

Die sogenannte Schulrochade hat sich inzwischen als eine einzige Fehlplanung und Täuschung der Öffentlichkeit herausgestellt. Gegen die Stimmen der Linksfraction wurden am 27. Februar 2012 die Umzugspläne für die Pirmasenser Schulen mehrheitlich beschlossen. In Aussicht gestellt wurden eine Reduzierung des Überhangs an Klassensälen zur Vermeidung von Betriebskosten, eine umfassende

Sanierung der noch benötigten Schulgebäude und eine zukunftsfähige Aufstellung des Schulstandorts Pirmasens. Bis zum Schuljahr 2017/18 sollte der Schulwanderzirkus abgeschlossen sein. Ein wesentlicher Bestandteil der Umzugspläne war die Stilllegung des Ball-Gebäudes an der Lembergerstraße und der komplette Umzug des Hugo-Ball-Gymnasiums in die Räume der Kirchbergschule, die ihrerseits auf verschiedene Gebäude verteilt werden sollte.

Die Motive waren allerdings nie pädagogischer Natur, sondern es sollten Einsparpotenziale auf dem Papier für den Beitritt zum kommunalen Entschuldungsfonds generiert werden. Es ging Ihnen bei der ganzen Angelegenheit nie um die Schulen, sondern ausschließlich ums Geld. Dies war unser wesentlicher Grund, die Schulrochade und den Beitritt zum kommunalen Entschuldungsfonds abzulehnen.

Der Beschluss zur sogenannten Schulrochade ist heute nicht mehr das Papier wert, auf dem er steht. Die Umzugspläne sind komplett geplatzt. Geplatzt ist damit gleichzeitig die Finanzierung des Eigenanteils am kommunalen Entschuldungsfonds, der in erheblichem Maße auf Einsparungen beim Schulgebäudemanagement fußte. Größte Einzelsparmaßnahme war die Stilllegung des Hugo-Ball-Gymnasiums 2017, was jährlich 500.000 Euro zum Eigenanteil beisteuern sollte.

Die erforderliche Zustimmung der ADD für die vorgelegten Planungen wurde verweigert, sämtliche Teilprojekte des Umzuges und die dazugehörigen Bauplanungen mussten nach europäischem Vergaberecht neu ausgeschrieben und kalkuliert werden. Die erforderlichen Zuschüsse für die einzelnen Bauphasen können nicht fließen und müssen zeitlich versetzt neu beantragt werden. Damit ist nicht nur die bisherige Zeitplanung, sondern das ganze Projekt obsolet und momentan nicht mehr, als eine Wunschvorstellung der Stadtverwaltung.

Es fehlt an dieser Stelle die erforderliche Zeit, um auf die einzelnen Aspekte dieses ungeheuerlichen Verwaltungsversagens einzugehen. Wir haben 2012 davor gewarnt, dieses Projekt ohne aktuellen und regionalisierten Schulentwicklungsplan anzugehen, wie er im Übrigen gesetzlich vorgeschrieben ist. Wir haben damals kritisiert, dass sich verantwortungsvolle Schulpolitik und pädagogische Konzepte nicht an der Anzahl von Klassensälen bemessen und dem Gebäudemanagement unterordnen lassen. Wir haben uns damals geweigert, das Hugo-Ball-Gymnasium für den kommunalen Entschuldungsfonds zu opfern und stattdessen die Umwandlung in eine IGS vorgeschlagen.

Sehr geehrte Frau Knerr, sehr geehrter Herr Schieler,

das alles haben Sie zur Kenntnis genommen, aber ignoriert. Ebenso ignoriert haben Sie die Proteste von Schülern, Lehrern und Eltern. Im Gegenteil: Sie haben die Öffentlichkeit getäuscht und beschwichtigt, indem Sie suggeriert haben, im Jahr 2018 könnten Pirmasenser Schülerinnen und Schüler gut sanierte und gut ausgestattete Schulen besuchen und allen wäre damit gedient. Noch im Juli 2014 haben Sie an der grundsätzlichen Planung festgehalten und lediglich eine Verzögerung von einem Jahr eingeräumt.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und – kollegen, die den Umzugsplänen 2012 zugestimmt haben: Lehnen Sie sich nicht zurück, denn Sie haben politisch versagt,

denn auch Ihnen waren die Bedingungen und Risiken bekannt. Auch Sie haben alle Bedenken in den Wind geschlagen und wollten den Beitritt zum Entschuldungsfonds mit allen Mitteln durchsetzen – koste es, was es wolle.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis, sehr geehrte Damen und Herren,

es gibt für die Kommunen nur einen gangbaren Weg aus der Schuldenfalle:
Land und Bund müssen ihrer politischen Verantwortung gerecht werden, die vielbeschworene Konnexität endlich umsetzen und die notwendigen Mittel für die Pflichtaufgaben der Kommunen bereitstellen.

Die Stadt Pirmasens kann das Schuldenproblem aus eigener Kraft nicht einmal ansatzweise lösen. Noch vertretbare Einsparmaßnahmen sind längst umgesetzt. Alle weiteren Kürzungen gehen zu Lasten der Bürger und der städtischen Beschäftigten, führen die kommunale Selbstverwaltung ad absurdum und lösen einen Kahlschlag bei der öffentlichen Daseinsvorsorge aus. Mit der LINKEN wird es daher keine Privatisierung der kommunalen Unternehmen und kein Outsourcing von Reinigungskräften und Handwerkern geben. Einen weiteren Stellenabbau lehnen wir genauso ab, wie den Verkauf des Tafelsilbers. Mit der Veräußerung von Grundstücken lässt sich jedes Haushaltsloch nur einmal stopfen. Dahingehende Forderungen der ADD sind in der Tat hirnrissig, weil sie der Stadt auf Dauer die Handlungsfähigkeit nehmen. Es bleibt deshalb nur der Weg, die Einnahmen zu erhöhen und diese bedeutet schlicht und ergreifend Umverteilung von Reichtum und Vermögen zum Wohle der Allgemeinheit, wie es im Artikel 14 des Grundgesetzes zum Ausdruck gebracht wird.

Auf kommunaler Seite kann man mit einer maßvollen Anhebung der Realsteuerhebesätze reagieren, ohne die ohnehin schwache Konjunktur zu gefährden. Deshalb begrüßen wir die vorgesehene Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer, für die Grundsteuer A und für die Grundsteuer B. Ebenso die Erhöhung des Vergnügungssteuersatzes. Allerdings muss auch jeder und jedem klar sein, dass Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und der Vergnügungssteuer letztlich nur Tropfen auf dem heißen Stein sind. In den Mitteilungen der ADD liest sich das immer so, als könnte mit der Anhebung der kommunalen Steuern die Neuverschuldung verhindert werden. Das ist natürlich völliger Blödsinn. Deshalb müssen nicht wir als Stadt, sondern vor allem andere ihre Hausgaben machen. Dazu gehören die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage, die Wiedereinführung der kommunalen Investitionspauschale und ein garantierter Mindestanteil an den ungeplanten Steuereinnahmen des Landes. Um es kurz zu machen: Die seit vielen Jahren versprochene umfassende kommunale Finanzreform muss auf Bundesebene endlich angegangen werden. Ohne sie können wir uns abstrampeln solange wir wollen, Putzstellen outsourcen oder Hausmeisterstellen streichen: Es nützt niemandem, aber schadet vielen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir zu den politischen Rahmenbedingungen in unserer Stadt. Jeder Monat Ungewissheit über die Stadtgalerie verschlechtert die Situation des Pirmasenser Einzelhandels, führt zu Geschäftsschließungen und produziert weitere Leerstände. Wenn Entwickler Koprian wenigstens einen Ankermieter hat, soll er ihn endlich

nennen und die stadtschädliche Geheimniskrämerei einstellen, denn dafür gibt es keinen ernstzunehmenden Grund. Zu Anfang des Projektes hatte Koprian keinerlei Probleme damit, große Firmen und Marktketten ins Schaufenster zu hängen, die freilich alle abgesagt haben. Dass Koprian heute, kurz vor Ablauf der Entwicklungsvereinbarung, trotz mehrfacher Nachfragen keinen konkreten Fortschritt benennen kann, spricht für sich.

Das Einzelhandelskonzept ist mit seinem Anspruch, zur Belebung der Innenstadt beizutragen, in der vorliegenden Form gescheitert. Exemplarisch für den Misserfolg steht das Beispiel Sport Hellmann, der sein Verkaufsgeschäft nach Landau verlegt hat und in Pirmasens nur noch eine Servicestelle betreibt. Von der „Exe-Galerie“ in der ehemaligen Kaufhalle spricht kein Mensch mehr. Das als Durchbruch für die zentrale Innenstadt gefeierte Vorhaben findet somit Eingang in den Band „Große Powerpoint-Projekte der Stadt Pirmasens“. Das „Ja“ des Stadtrates für die Stadtgalerie war gleichzeitig das Ende für die Entwicklung der Kaufhalle, auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird. Die Kaufhalle wäre wirtschaftlich rentabel und stadtverträglich zu betreiben gewesen, für die Dimension Stadtgalerie reicht die Kaufkraft nicht und deswegen finden sich auch keine Geldgeber und keine Mieter. Die Meinung der Bürger war nicht gefragt, die Verantwortung trage alleine der Stadtrat, hieß es damals. Am Ende dieses traurigen Schauspiels wird voraussichtlich die „Nulllösung“ stehen, keine Exe-Galerie und keine Stadtgalerie. Ich werde Sie, sehr geehrte Damen und Herren, dann an Ihre Verantwortung erinnern, bevor es noch vergessen geht.

Es kann nicht dabei bleiben, dass die Kernstadt und die Fußgängerzone trotz aller Bemühungen keine neuen Einzelhändler anziehen und gleichzeitig Neuansiedlungen im direkten Umfeld kategorisch verhindert werden. Wenn ein Konzept einen Gewinner und einen Verlierer produziert, mag das noch akzeptabel sein. Wenn es nur Verlierer gibt, ist es gescheitert. Wie bereits angekündigt, werden wir im kommenden Jahr eine Reform der Stellschrauben des Einzelhandelskonzeptes vorlegen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

ein Nachfolgeprogramm für die Bürgerarbeit ist in weite Ferne gerückt. Im Sommer wurde noch so getan, als stünden die Umsetzung und der Start des Programms unmittelbar bevor. Damit wurden Hoffnungen bei den Betroffenen geweckt, die sich in der angedachten Form wohl nie erfüllen werden. Zwischenzeitlich wurde von deutlich mehr als hundert Personen gesprochen, die man in einem neuen Programm fördern wolle. Herausgekommen sind im vorliegenden Haushaltsplan 6 Seniorenbegleiter. Die Bundesregierung hat eine Neuausrichtung von öffentlichen Beschäftigungsmaßnahmen kategorisch abgelehnt. In seinem Gesetzesentwurf forderte der Bundesrat langfristige Fördermöglichkeiten und tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse. Auch der Einsatz von Passivleistungen wie dem ALG-II für aktive Beschäftigungspolitik wurde abgelehnt. In Pirmasens beträgt der Anteil der Langzeitarbeitslosen konstant 75 Prozent. Diese Menschen bräuchten dringend langfristig angelegte Beschäftigungsmaßnahmen, denn der reguläre Arbeitsmarkt bietet für Langzeitarbeitslose keinerlei Perspektiven. Eingeführt wird jedoch nicht ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit dauerhaften und tariflich bezahlten Arbeitsplätzen, sondern ein neues Kombilohnmodell mit Lohnzuschüssen für die gewerbliche Wirtschaft. Die Rolle des Jobcenters wird sich darauf beschränken,

ALG-II-Empfänger für die Förderung auszuwählen. Aber welche Betriebe sollten die Zielgruppe eigentlich einstellen? Der Bürgerarbeit vergleichbare Projekte, wie die Pflege von städtischen Grünanlagen oder die Herrichtung des Strecktals, wird es unter Kombilohnbedingungen definitiv nicht geben.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis, sehr geehrter Herr Bürgermeister Scheidel,

was ich Ihnen in diesem Zusammenhang persönlich übel nehme, ist, dass Sie sich nicht an die abgegebenen Versprechungen halten, die Bürgerarbeit nach Tarif zu bezahlen, sollte es zu einem entsprechenden Gerichtsurteil kommen. Ihre Wertschätzung für die geleistete Arbeit findet sich in zahlreichen Sonntagsreden, Resolutionen und Pressemeldungen wieder. Eine Wertschätzung in Form von klingender Münze erfahren die Bürgerarbeiter hingegen nicht. Was juristisch kaum anfechtbar ist, ist deshalb moralisch noch lange nicht in Ordnung. Im Sinne der Gleichbehandlung und des Grundsatzes gleicher Lohn für gleiche Arbeit bleiben wir bei unserer Forderung, dass allen ausgeschiedenen Bürgerarbeitern der rechtmäßige Tariflohn nachgezahlt wird. Dass Sie diesen Grundsätzen nicht folgen wollen, unterstreicht die unsoziale Haushaltspolitik und die unsoziale Politik der Stadt Pirmasens im Allgemeinen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kinderarmut bleibt der politische Skandal in unserer Stadt. Seit einem Jahrzehnt leben nahezu ein Drittel der unter 15-jährigen Kinder unterhalb des Existenzminimums. An dieser verheerenden Situation haben weder der „Pakt für Pirmasens“, noch andere karitative Einrichtungen etwas ändern können. Im Gegenteil: Die Politik entledigt sich ihrer Verantwortung und überträgt sie auf das Ehrenamt und entsprechende Spender.

Ein menschenwürdiges Dasein ohne existenzielle Ängste, gleiche Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit lassen sich allerdings nur durch einen allgemeingültigen Rechtsanspruch für alle Kinder und nicht durch eine selektive Förderung von Einzelpersonen oder Gruppen herstellen. Dies kann der Pakt für Pirmasens nicht leisten und dies will er offensichtlich auch nicht. Ebenso wenig will sich der Pakt in die Karten schauen lassen oder sich eine verbindliche demokratische Struktur geben. Das Problem Kinderarmut steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Einführung von Hartz IV und lässt sich deshalb nur auf Bundesebene tatsächlich lösen. Dennoch ist es unsere Pflicht als Kommunalpolitiker, auch innerhalb unseres bescheidenen Wirkungsbereiches Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dies haben wir als Stadtratsfraktion DIE LINKE in den vergangenen Jahren gemacht. Ausgehend von der Tatsache, dass die Armut der Kinder die Armut ihrer Eltern ist, haben wir zahlreiche Vorschläge unterbreitet. Sie wurden alle mit dem Hinweis auf die desolante Haushaltssituation der Stadt abgelehnt. Für freiwillige Leistungen im sozialen Bereich ist kein Geld da, stattdessen wurden 120.000 Euro in der völlig sinn- und zweckfreien Standortinitiative Südwestpfalz versenkt. Man leistet sich als überschuldete Stadt auch einen Rheinland-Pfalz-Tag für 270.000 Euro, Fototage für 30.000 Euro oder 35.000 Euro für ein „Sonnendiplom“. Weitere Beispiele für die Schaufensterpolitik der Stadt Pirmasens ließen sich anführen. Alle samt sind sie Marketing-Aktionen, um das Image der Stadt zu verbessern. Uns geht es nicht um Imagepflege, sondern um die Verbesserung der Lebenssituation benachteiligter Menschen. Und nichts gegen eine

schöne, neue Stadtbücherei: Aber 5 Millionen für eine neue Bibliothek und ein Stadtarchiv sind gegenüber den Menschen, die ihren Kindern keine anständige Kleidung kaufen können, nicht mehr wissen, wie sie ihre Stadtwerkerechnungen bezahlen sollen und am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt nicht teilnehmen können, einfach nicht zu vertreten. Der vorliegende Haushalt enthält keinerlei Ansätze, Kinderarmut zu lindern, Energiearmut zu verhindern oder gesellschaftliche Teilhabe für ärmere Schichten zu gewährleisten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis, sehr Damen und Herren,

es wären viele weitere Punkt aus dem Haushalt zu benennen und zu kritisieren. Leider reicht dazu die veranschlagte Redezeit nicht.

Dieser Haushalt ist nicht zustimmungsfähig, weil er keinerlei Perspektiven für die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen eröffnet und trotz gravierender Einschnitte bei der Daseinsvorsorge weder eine Konsolidierung stattfindet, noch die vorhandenen Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE lehnt den Haushalt, die Haushaltssatzung und die die Sonderhaushalte für das Jahr 2015 ab.